

Aus dem Plenum

Vom 16. bis zum 18. November kam der Thüringer Landtag zu seiner dreitägigen Plenarsitzung zusammen. Neben zahlreichen Tagesordnungspunkten stand am Mittwochnachmittag die Regierungserklärung der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zum Thema ‚Rechtsterrorismus entschieden bekämpfen – NPD verbieten – Offene Fragen umfassend und transparent klären‘ im Fokus des öffentlichen Interesses. In ihrer Regierungserklärung sprach sie den Hinterbliebenen der Mordopfer des Zwickauer Neonazi-Trios ihr Mitgefühl aus und forderte eine lückenlose Aufklärung der Mordserie als auch die Bekämpfung von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt berieten die Abgeordneten abschließend über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Datenschutzgesetzes und anderer Vorschriften. Die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten für den Entwurf. Die Fraktion DIE LINKE und die FDP enthielten sich. Die Änderung des Thüringer Datenschutzgesetzes war notwendig geworden, um auf die veränderten Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten sowie auf die aktuelle Rechtsprechung zu reagieren. Des Weiteren stimmten die Parlamentarier aller Fraktionen für das Gesetz zur Neuordnung der Rundfunkfinan-

zierung. Mit der Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetz erfolgt die Übernahme des Fünfzehnten Rundfunkänderungsvertrags in Landesrecht sowie die Modifikation einer in Thüringen bestehenden rundfunkrechtlichen Meldevorschrift. Auf Antrag der Regierungsfaktionen CDU und SPD zum Thema ‚Bundeswehrstrukturreform und ihre Auswirkungen auf Thüringen‘ informierte die Landesregierung die Abgeordneten des Landtags über die Auswirkungen der Schließungen einzelner Bundeswehrstandorte im Freistaat und über die künftige Stationierung der Bundeswehr. In ihrem Antrag ‚Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) - Konsequenzen für Thü-

ringen im Bereich Biomasse‘ forderte die Fraktion der BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Landesregierung auf, zu der vom Bundesrat am 8. Juli beschlossenen Novelle Stellung zu beziehen. In ihrer Aktuellen Stunde debattierte die Fraktion DIE LINKE über die Auswirkungen der Änderungen in der Kapitalstruktur der Hessisch-Thüringischen Landesbank (Helaba) auf die Beteiligung des Freistaats Thüringen an der Helaba und die Einbeziehung des Thüringer Landtags in die hierzu notwendigen Entscheidungen. Mit der ‚Thüringer Position zur Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes‘ beschäftigten sich die Parlamentarier auf Antrag der Fraktion der FDP in einer Aktuellen Stunde.

„November 89 – Wir erinnern“

Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen Roland Jahn sprach im Landtag

Im Rahmen der Veranstaltung „November 89 – Wir erinnern“ gedachte der Thüringer Landtag am 11. November in Anwesenheit des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Roland Jahn, jenen Menschen, die mit ihrem Streben nach Freiheit und Demokratie der friedlichen Revolution vor 22 Jahren ihren Weg ebnet haben. Im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung stand dabei die Enthüllung des Zusatzstraßenschildes „Jürgen Fuchs“, welches über die wichtigsten Lebensdaten des Literaten und Bürgerrechtlers informiert. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) und der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Andreas Bausewein (SPD), ent-

hüllten das zusätzliche Straßenschild gemeinsam. In ihrer Festansprache sagte die Thüringer Landtagspräsidentin während der sich anschließenden



den Festveranstaltung: „Der Fall der Mauer und die friedliche Revolution lehren uns, dass es möglich ist, eine Diktatur gewaltfrei aus den Angeln zu heben. Unvergessen bleiben jene Menschen, die allen Repres-

salien zum Trotz aufrecht für mehr Demokratie eingetreten sind, die aktiv Widerstand geleistet haben und dabei Schäden an Seele und Körper bewusst in Kauf genommen haben. Jürgen Fuchs ist für alle diese Vorkämpfer der Demokratie ein Sinnbild. Seinem Andenken fühlt sich der Thüringer Landtag dauerhaft verpflichtet.“ Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Jahn hob in seiner Rede die Bedeutung der Aufklärung und der Transparenz hervor: „Um den Opfern des DDR-Regimes gerecht zu werden, bedarf es der Aufklärung und der Transparenz. Das Wissen über das Wirken der Staatssicherheit

der DDR fördert das Bewusstsein für mehr Transparenz von staatlichem Handeln in unserer Demokratie. Transparenz und Aufklärung sind daher der beste Weg, einen gesellschaftlichen Diskurs über Vergangenheit und Zukunft zu führen. Die Institutionen unserer Demokratie einer Prüfung im Spiegel der Diktatur zu unterziehen, schärft die demokratischen Sinne. Vertrauen in die Institutionen unserer Demokratie ist daher eine wesentliche Säule unseres Rechtsstaates. Transparenz schafft Vertrauen. Transparenz heißt nicht Generalverdacht. Im Gegenteil: Transparenz beseitigt Generalverdacht. Aufklärung - das ist die Voraussetzung für ein Klima der Versöhnung. Man kann nur das vergeben, was man auch weiß. Man kann nur dem vergeben, den man auch kennt,“ so Jahn abschließend.

Kurz gemeldet

Am 15. November stellte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) den Tagungsband zum 2. Thüringer Melanchthontag im Landtag vor. Mit der Herausgabe der Broschüre werden die Ergebnisse der Konferenz „Staat, Religion, Bildung – reformatorisches Erbe vor der Herausforderung einer säkularen Gesellschaft“ nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. +++ Anlässlich des Gedenktags der Erfurter Bistumspatronin, der heiligen Elisabeth von Thüringen, lud das Bistum Erfurt auch in diesem Jahr im November zum Elisabethempfang ein. Die Thüringer Landtagspräsidentin hielt ein Grußwort. +++ Landtagspräsidentin Diezel beteiligte sich am bundesweiten Vorlesetag. Am 21. November las sie den Kindern aus der Integrativen Kindertagesstätte „Kinderkiste“ der Lebenshilfe Gera aus einem Kinderbuch vor. +++ Der israelische Gesandte Emmanuel Nahshon stattete am 24. November der Thüringer Landtagspräsidentin seinen Antrittsbesuch ab. +++ Am 24. November nahm Frau Diezel zudem an der Eröffnung der Fotoausstellung PresseFoto Hessen-Thüringen 2011 auf der Wartburg teil. In ihrem Grußwort würdigte sie das fotografische Talent der Preisträger.

Haushalts- und Finanzausschuss

Öffentliche Anhörung zum Kommunalen Finanzausgleich

Am 10. November kamen über 800 Landräte, Bürgermeister sowie weitere kommunale Amts- und Mandatsträger in den Landtag, um der öffentlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum Kommunalen Finanzausgleich im Haushalts- und Finanzausschuss beizuwohnen. Gehört wurden die Präsidenten des Gemeinde- und Städtebundes und des Landkreistags. Zudem erhielten die Bürgermeister von Friedrichroda, Saalfeld, Meuselbach, Hildburghausen, Artern, Blankenstein und Ebenhausen die Gelegenheit, sich zu den von ihnen erwarteten Folgen des Gesetzentwurfs zu äußern. Ausschussvorsitzender Mike Huster (DIE LINKE) erklärte nach der Anhörung: „Die kommunalen Vertreter untermauerten ihre Forderung nach einer höheren Finanzausstattung der Kommunen für das Jahr 2012. Die Mitglieder des Ausschusses werden mit ihren Fraktionen im Ergebnis der Anhörung ihre Änderungsanträge formulieren.“ Die Ergebnisse der Anhörung fließen in die Beratungen des Ausschusses ein, welcher am 8. Dezember abschließend über den Haushalt beraten und abstimmen wird.

teten Folgen des Gesetzentwurfs zu äußern. Ausschussvorsitzender Mike Huster (DIE LINKE) erklärte nach der Anhörung: „Die kommunalen Vertreter untermauerten ihre Forderung nach einer höheren Finanzausstattung der Kommunen für das Jahr 2012. Die Mitglieder des Ausschusses werden mit ihren Fraktionen im Ergebnis der Anhörung ihre Änderungsanträge formulieren.“ Die Ergebnisse der Anhörung fließen in die Beratungen des Ausschusses ein, welcher am 8. Dezember abschließend über den Haushalt beraten und abstimmen wird.

Ausstellungen im Landtag

Landtag würdigt Volker Grahn mit Ausstellung zum 70. Geburtstag

Ob Öl, Tusche oder Tempera; Mauerstücke, Stacheldraht oder Aluminiumdosen. Der Tabarzer Künstler Volker Grahn verwendet verschiedenste Materialien, um seinen Werken künstlerische Kraft und farbliche Struktur zu verleihen. Anlässlich seines 70. Geburtstages zeigt der Thüringer Landtag nun – als letzte Ausstellung in diesem Jahr – die ausdrucksstarken Werke des Künstlers und Gale-

kaufen Kunst, sind aber selber meist keine Künstler. Im Fall von Volker Grahn ist das anders. Er ist Maler und Grafiker zugleich. Seine Arbeiten sind voller Expressivität, Form und Farbe. Sie brauchen die Beteiligung eines Betrachters, der sich mit all seinen Sinnen auf die Präsenz dieser Bilder einlässt. Vom Abenteuer des Sehens erzählt diese Schau auf beeindruckende Weise.“ Als Galerist sei er zugleich ein Förderer der Thüringer Kunst, so die Landtagspräsidentin weiter. Seine Galerie in Tabarz sei ein Ort der Ruhe und Konzentration, ein Ort des Dialogs, der hervorragende Arbeit



risten. Volker Grahns Weg zur Kunst war lang. Mit 43 Jahren inspiriert durch Freundschaften mit unabhängigen Künstlern wie Kurt W. Streubel, Werner Schubert-Deister und Hans Winkler begann er nicht nur Kunst auszustellen, sondern selbst Kunst zu schaffen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU), die die Ausstellung gemeinsam mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Dr. Werner Pidde, am 16. November eröffnete, sagte in ihrer Rede: „Galeristen suchen, entdecken und ver-

in der Kunstvermittlung leiste und den Blick auf das zeitgenössische künstlerische Geschehen im Freistaat richte. Die Thüringer Landtagspräsidentin lädt alle kunstinteressierten Bürgerinnen und Bürger ein, die Ausstellung des Tabarzer Künstlers zu besuchen, welche noch bis zum 23. Dezember, Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr für Besucher geöffnet ist. Am Wochenende und an Plenartagen nach Vereinbarung.

Der Eintritt ist frei.

Arbeitsbesuch des Freundeskreises Litauen

Diezel: Beziehungen zwischen Thüringen und Litauen von Freundschaft geprägt

Auf Einladung des Vorsitzenden der Parlamentarischen Gruppe für die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, Professor Kestutis Masiulis, stattete eine fünfköpfige Parlamentarierdelegation des Thüringer Landtags vom 1. bis 4. November der Republik Litauen einen Besuch ab. Auf dem Programm standen u. a. ein Treffen mit der Vorsitzenden des litauischen Seimas, Frau Irena Degutiene, sowie Arbeitsgespräche mit der

Wirtschaft und Kultur vereinbart, die Verbindungen zwischen Litauen und dem Freistaat weiter zu intensivieren. So sollen gemeinsame Projekte in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Tourismus entwickelt, aber auch die parlamentarischen Beziehungen gefördert werden.“ Der Vorsitzende des Freundeskreises, Gustav Bergemann, verwies auf die persönlichen Kontakte als Fundament für eine funktionierende Zusammenarbeit:



Die Thüringer Delegation mit dem Deutschen Botschafter Matthias Mülmenstädt (2. v.r.) mit der Vorsitzenden des litauischen Seimas Irena Degutiene (3.v.r.)

Parlamentarischen Gruppe für die Beziehungen zur Bundesrepublik als auch mit dem Ausschuss für Staats- und Kommunalverwaltung des Seimas. Bei einem Besuch des Unternehmens TÜV Litauen informierten sich die Volksvertreter über die wirtschaftliche Situation des baltischen Staats. Am Abend des 2. November wurde in Anwesenheit der Landtagspräsidentin auf einem Empfang der Deutschen Botschaft Vilnius das Bundesverdienstkreuz erster Klasse an Professor Justinas Karosas, der sich um die Beziehungen zu Deutschland verdient gemacht hat, übergeben. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU), die gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Freundeskreises Litauen Gustav Bergemann (CDU) an der Spitze der Delegation stand, resümiert: „Seit vielen Jahren sind die Beziehungen zwischen dem Freistaat Thüringen und der Republik Litauen von freundschaftlicher Partnerschaft geprägt. Anknüpfend an die bestehenden Kontakte haben wir in den Gesprächen und Begegnungen mit Vertretern aus Poli-

„Es sind die menschlichen Kontakte, die eine solide Grundlage für die guten Beziehungen zwischen Thüringen und Litauen bilden. Mehr als jede Politik trägt die unmittelbare Begegnung, das Interesse an Anderen und die Neugier auf das andere Land dazu bei, Vertrauen zu schaffen. Ich danke Professor Masiulis für den herzlichen Empfang unsere Delegation in Litauen und freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit.“ Der Delegation gehörten neben der Präsidentin und dem Vorsitzenden des Freundeskreises Litauen die Abgeordneten Matthias Hey (SPD), Marian Koppe (FDP) und Matthias Bärwolff (DIE LINKE) an. 1997 unterzeichneten der damalige Präsident des Thüringer Landtags Dr. Frank-Michael Pietzsch und der Präsident des litauischen Seimas Seimo Pirmininkas die gemeinsame Erklärung über die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten. Seitdem erfolgten mehrere gegenseitige Besuche. Zuletzt war Professor Kestutis Masiulis 2009 in Erfurt zu Gast.

Großer Schritt zu zukunftsfähigen Gemeindestrukturen

Mit dem in der Novembersitzung des Landtags verabschiedeten Neugliederungsgesetz hat Thüringen einen großen Schritt hin zu zukunftsfähigen Gemeindestrukturen gemacht. Davon ist der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Fiedler (Foto), überzeugt. Wichtig ist für Fiedler auch, dass die CDU eine in diesem Zusammenhang wichtige Forderung durchsetzen konnte: Die sogenannte „Hochzeitsprämie“ ist allen Gemeinden sicher, die bis zum 15. November 2011 ihren Zusammenschluss bei der Kommunalaufsicht ge-



meldet haben. „Wir haben versprochen, dass wir freiwillige Gemeindezusammenschlüsse in diesem Jahr letztmalig finanziell unterstützen, und wir halten Wort“, sagte der Innenpolitiker. Unverständlich ist für Fiedler, warum die SPD vier von insgesamt 17 beantragten Zusammenschlüssen die Zustimmung verwehrt. „Damit werden die klaren Voten aller Gemeinderäte, der Kommu-

nalaufsicht und zum Teil sogar Bürgerbefragungen mit großen Mehrheiten ausgeblendet. Vor Ort herrscht jeweils größtes Unverständnis.“ Der Innenpolitiker und die Abgeordneten aus den betroffenen Wahlkreisen erwarten, dass der Koalitionspartner die ausstehende Zustimmung noch erteilt.

Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass noch etliche weitere Gemeinden die Antragsfrist bis zum 15. November genutzt haben und damit weitere Landgemeinden entstehen. „Das nächste Neugliederungsgesetz wird nicht lange auf sich warten lassen“, ist Fiedler überzeugt.

Keine Gebühr für Gartenlauben

Für Gartenlauben soll 2013 kein gesonderter Rundfunkbeitrag fällig werden. Für eine entsprechende Klarstellung zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag hat Thüringens Staatskanzleiministerin Marion Walsmann gesorgt. Der Medienexperte der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Klaus Zeh, hatte im Vorfeld auf unklare Formulierungen im Staatsvertrag hingewiesen. Danach bestand das Risiko, dass für Lauben ein Rundfunkbeitrag fällig wird, die noch nach DDR-Recht errichtet wurden und größer als die heute erlaubten 24 qm sein durften. „Die Gefahr scheint abgewendet. Das ist eine gute Nachricht für viele Laubenbesitzer“, so Zeh.

Stasi: Überprüfungen bleiben möglich

Die CDU-Fraktion hat im Landtag ihre Unterstützung für die Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes durch Bundestag und Bundesrat bekräftigt. Mit der Novelle verlängert der Bundesgesetzgeber unter anderem die Überprüfungsmöglichkeiten bis Ende 2019. Ohne diesen Beschluss wären sie bis Jahresende ausgelaufen. Zudem erweitert das Gesetz die Zugangsrechte zu den Stasi-Unterlagen, wovon insbesondere Wissenschaft und Forschung sowie Angehörige früherer Stasi-Opfer profitieren. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Klaus Zeh bedauerte im Landtag, dass sich Thüringen bei der Abstimmung im Bundesrat enthalten musste, weil die SPD als Koalitionspartner gegen diese Gesetzesänderung war. Zeh ist erleichtert, dass die Novelle dennoch eine Mehrheit gefunden hat.

Abwasserentsorgung: Finanzielle Belastungen reduzieren und strecken

Noch erforderliche Investitionen in den Abwasserbereich sollen auf das unbedingt notwendige beschränkt und zeitlich gestreckt werden. Eine entsprechende Initiative hat die CDU-Fraktion jetzt im Thüringer Landtag präsentiert. Die Infrastruktur für die Abwasserentsorgung soll „im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Hauseigentümer, Mieter und Steuerzahler“ ausgebaut werden. Dazu schlägt die CDU-Fraktion 16 Maßnahmen und Handlungsoptionen vor.

Fraktionsvorsitzender Mike Mohring wies darauf hin, dass nach Angaben der Aufgabenträger noch rund 3,2 Milliarden Euro investiert werden müssen, obgleich bereits 4,8 Milliarden Euro in die Abwasserentsorgung geflossen sind. „Die Eigentümer haben ab 1990 enorme Summen für die Erneuerung einer über Jahrzehnte verschlissene Infrastruktur aufgebracht, deshalb ist es wichtig, weitere Belastungen gering zu halten und über einen längeren Zeitraum zu verteilen“, so Mohring zum Anliegen der Fraktion.

Mit ihren Empfehlungen setzt die CDU an drei Punkten an. Zum einen sollen Anordnungen und Standards, die über die europa- und bundesrechtlichen Anforderungen hinausgehen, abgeschafft und das Aufkommen aus der Abwasserabgabe zu mindestens 60 Prozent für Abwasserinvestitionen genutzt werden. Zum anderen will die Fraktion dafür sorgen, dass Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftlichkeit bei Investitionsentscheidungen konse-

quent berücksichtigt werden. In einem dritten Teil setzt die Fraktion auf größere Gestaltungsspielräume und Finanzierungshilfen für Klein- und Gruppenkläranlagen.

„Es gibt nicht den einen alles entscheidenden Hebel. Mit den 16 Vorschlägen kommen wir dem Ziel aber ein Stück näher, Belastungen zu reduzieren und zu strecken“, so Mohring. Er geht davon aus, dass sich die genannte Investitionssumme deutlich absenken lässt.

Kommunal Finanzen: Verlässlichkeit bis 2020

Die CDU-Fraktion will die Kommunal Finanzen bis 2020 auf eine verlässliche und nachvollziehbare Grundlage stellen. Dazu sollen den Kommunen 30 Prozent der schuldenfreien Landeshaushalte zur Verfügung stehen. Die bisher übliche Verrechnung der eigenen kommunalen Steuermehreinnahmen will die CDU abschaffen. Das sind Eckpunkte einer „Kommunalen Finanzierungs-garantie 2013-2020“, die die Landtagsfraktion den kommunalen Spitzenverbänden unterbreitet. Ziel ist, sie mit einer durchgreifenden Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs umzusetzen, die im kommenden Jahr verhandelt und zum 1. Januar 2013 in Kraft treten soll. „Die Kommunen erhielten dadurch Planungssicherheit und einen kräftigen Anreiz, eigene Mehreinnahmen zu erzielen“, so Fraktionsvorsitzender Mike Mohring.



Fraktionsvorsitzender Mike Mohring dankt Dorothea Zeng aus Leine für ihr ehrenamtliches Engagement in der Traditions- und Brauchtumpflege. Gemeinsam mit 70 weiteren Thüringerinnen und Thüringern nahm Zeng an der jährlichen Auszeichnungsveranstaltung der CDU-Fraktion für Ehrenamtliche im Erfurter Kaisersaal teil. Seit 2002 hat die Fraktion damit mehr als 870 Bürger ausgezeichnet. „Wir wissen, dass die meisten ehrenamtlichen Aktiven die größte Anerkennung in der Resonanz vor Ort finden – und doch halten wir ein Zeichen der Wertschätzung durch die Politik für wichtig und richtig“, sagte Mohring.

Energiekonzept vor Ort bei Aktionstag diskutiert

Mit einem Energieaktionstag waren Landtags- und Bundestagsabgeordnete der LINKEN bei Einrichtungen und Unternehmen in Zella-Mehlis und Suhl vor Ort. Damit treibt die Linksfraktion das Erneuerbare-Energien-Thema voran und entwickelt in einem „lernenden Prozess“ ihr Energiekonzept fort, wie Bodo Ramelow betonte - im Foto vor den Elektro-Autos der kommunalen Zella-Mehlis



Service- und Immobilienmanagement GmbH zusammen mit Geschäftsführer Richard Rossel, und Ina Leukefeld, Wahlkreisabgeordnete der Linksfraktion.

Erneute Aktion gegen Salzlaugen-Versenkung

Die Genehmigung der Salzlaugenversenkung läuft Ende November aus. Kali+Salz hat den Antrag gestellt, weitere zehn Jahre Lauge zu versenken. Abgeordnete der LINKEN haben kürzlich erneut, diesmal in Kassel, zusammen mit Vertretern der Grünen, des BUND und weiteren Umweltverbänden sowie der Werra-Weser-Anrainerkonferenz und der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Werratal gegen die Laugenversenkung protestiert. MdL Katja Wolf forderte, dass K+S endlich ein schlüssiges Konzept vorlegen und umsetzen müsse, wie Werra und Weser wieder naturnah werden sollen. „Werra und Weser müssen endlich wieder Süßwasserflüsse werden!“, betonte die Umweltpolitikerin der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

**Es gab die Hintermänner und es gab die Gesinnungstäter
Bodo Ramelow: Aufstand der Anständigen braucht Handeln der Zuständigen**

Mit einer Traueranzeige auf ihrer Internetseite gedachte die Linksfraktion der Opfer des Neonazi-Terrors. Unter www.die-linke-thl.de werden dazu parlamentarische Anfragen – beginnend 1996 –, Pressemitteilungen und Hintergrundinformationen dokumentiert. Die Text- und Dokumentensammlung wird laufend aktualisiert und ergänzt. Auf dieser Sonderseite ist auch ein Video der Rede des Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zur „Entwicklung des Rechtsextremismus und des rechtsextremistischen Terrorismus“ am 16. November im Thüringer Landtag abrufbar. Er begann seine Ausführungen mit dem Verlesen der Namen der Opfer, „die uns mahnen, daran zu denken, dass dieser Tod von Thüringen ausgegangen ist“. Dabei müsse das Augenmerk

darauf gelegt werden, „in welchem Klima diese Mordtaten“ begangen wurden. „Es gab ist.“ Der LINKE-Politiker setzte sich mit der „langen Kette von verfestigten rechtsradikalen Strukturen“ auseinander und sagte: „Aber den Aufstand der Anständigen kann es nur geben, wenn es ein Handeln der Zuständigen gibt. Und ein glaubwürdiges Handeln der Zuständigen kann nicht damit einhergehen zu erklären, wie man 13 Jahre nicht merkt, wo diese drei Typen geblieben sind und anschließend nicht merken will, wo die Verbindungslinien sind.“ Dabei sei dies „nicht nur die Frage eines einzelnen Landesamtes für Verfassungsschutz“, DIE LINKE verlangt eine vorbehaltlose Aufklärung des Geschehenen. Zudem müssten die Untersuchungsergebnisse vollkommen transparent der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, fordert Bodo Ramelow.

„Es gab ist.“ Der LINKE-Politiker setzte sich mit der „langen Kette von verfestigten rechtsradikalen Strukturen“ auseinander und sagte: „Aber den Aufstand der Anständigen kann es nur geben, wenn es ein Handeln der Zuständigen gibt. Und ein glaubwürdiges Handeln der Zuständigen kann nicht damit einhergehen zu erklären, wie man 13 Jahre nicht merkt, wo diese drei Typen geblieben sind und anschließend nicht merken will, wo die Verbindungslinien sind.“ Dabei sei dies „nicht nur die Frage eines einzelnen Landesamtes für Verfassungsschutz“, DIE LINKE verlangt eine vorbehaltlose Aufklärung des Geschehenen. Zudem müssten die Untersuchungsergebnisse vollkommen transparent der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, fordert Bodo Ramelow.

**Enver Simsek
Abdurrahim Özüdogru
Süleyman Taskörpü
Habil Kilic
Yunus Turgut
Ismail Yasar
Theodoros Boulgarides
Mehmet Kubasik
Halit Yozgat
Michèle Kiesewetter**

Wir trauern um die Opfer rassistischer und menschenverachtender Gewalt.

Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow
Landesverband DIE LINKE Thüringen, Knut Korschewsky

15. NOVEMBER 2011 | [PresseBodo RamelowAntifaschismusInnen](#)
Parlament bei Aufklärung einer möglichen Verstrickung von Sicherheitsbehörden beteiligen!
„Wir haben keine Zweifel an der Unabhängigkeit, Integrität und Kompetenz des durch den Innenminister eingesetzten Leiters der Untersuchungskommission Dr. Gerhard Schäfer“, sagt der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, Bodo Ramelow, nach der Pressekonferenz über die Einsetzung einer Ermittlungskommission zum rechtsextremen Terror-Netzwerk. [MEHR...](#)

14. NOVEMBER 2011 | [PresseMartina RennerInnenAntifaschismus](#)
DIE LINKE fordert lückenlose Aufklärung der Hintergründe für Neonazi-Terror
Angeichts der Tatsache, dass namentlich bekannte Rechtsextremisten über Jahre hinweg Sprengstoffschläge verübten und Menschen regelrecht exekutierten, ohne dass Behörden eingegriffen haben, fordert Martina Renner, Sprecherin für Innenpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, „lückenlose Aufklärung ohne parteipolitische Einflussnahme...“ [MEHR...](#)

13. NOVEMBER 2011 | [PresseBodo RamelowAntifaschismusMartina RennerGesellschaftsDemokratie](#)
DIE LINKE fordert Abzug aller Spitzel und Vorbereitung des NPD-Verbots
„Die Geschehnisse um das Neonazi-Terrornetzwerk belegen, dass die Vielzahl der Geheimdienste in Bund und Ländern eben nicht dazu geführt hat, die Sicherheitslage zu erhöhen. Die Mär von einer angeblichen Gefahr von Links ist durch die Realität widerlegt worden“, erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. [MEHR...](#)

Nadel und Faden zum Stopfen von kommunalen Haushaltslöchern

Einen regelrechten Ansturm der Betroffenen erlebte die öffentliche Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Kommunalen Finanzausgleich für das kommende Jahr am 10. November im Thüringer Landtag. Fast 1.000 Kommunalpolitiker – Bürgermeister, Mitglieder von Ortsteil- und Stadträten sowie Kreistagen –

2012 eine drastische Reduzierung der Landeszuweisungen für die Städte und Gemeinden. Wegen des großen Andrangs fand die Ausschussanhörung erstmals im Plenarsaal statt und wurde in weitere Sitzungsräume übertragen, die von den Gästen dicht besetzt waren. Abgeordnete der Linksfraktion hatten vor dem Landtag symbolische „Care-Pakete“ für die Kommunen verteilt – mit Nadel und Faden zum Stopfen von Haushaltslöchern und einem Teelicht als Ersatz für die Straßenbeleuchtung.



DIE LINKE im Landtag hat eigene Vorschläge zur Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs zur Diskussion gestellt. Damit könnten zusätzliche Finanzpotenziale von über 200 Millionen Euro für die Kommunen eröffnet werden, ohne das Land zusätzlich zu verschulden.

„Jetzt ist Aufklärung gefordert“

Fragen an SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel zu den Konsequenzen aus der rechtsextremen Mordserie



Heiko Gentzel (51) ist seit 1990 Mitglied des Thüringer Landtags. Als Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission ist er mit weiteren vier Abgeordneten für die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes zuständig.

1. Eine rechtsextreme Mordserie erschüttert die Republik und wirft viele Fragen auf. Wie bewerten Sie die neuen Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden?

Es ist entsetzlich und beschämend, dass in Deutschland Menschen Opfer eines systematischen Terrors fanatischer Rechtsextremer werden konnten. Die bekannt gewordene Gewaltserie ist der Höhepunkt einer Entwicklung, die wir seit Jahren mit großer Sorge verfolgen. Rechtsextreme Gewalt ist kein Randphänomen mehr. Wir haben es mit einer Ideologie und mit Tätern zu tun, die vor nichts zurückschrecken. Die Attentate und Morde zeugen von einem Rechtsextremismus mit neuer terroristischer Qualität.

2. Sie sind Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kontrolle des Verfassungsschutzes in Thüringen. Was muss jetzt geleistet werden?

Jetzt ist Aufklärung gefordert. Viele Thüringer zweifeln an den Behörden und den Kontrollmechanismen. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Ohne eine vorbehaltlose und zügige Aufklärungsarbeit wird das nicht möglich sein. Aus parlamentarischer Sicht ist hier zuallererst die PKK gefordert. Die PKK in Thüringen arbeitet seit drei Wochen sehr intensiv. Ich werte das als ein Zeichen des unbedingten Aufklärungswillens. Daneben müssen wir im

Landtag diskutieren, ob ein Untersuchungsausschuss bei der Aufklärung helfen soll. Die SPD-Fraktion will das.

Und wir müssen - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - die Kontrollrechte gegenüber dem Verfassungsschutz deutlich ausweiten. Die SPD-Fraktion hat hierzu einen entsprechenden, sehr weit gehenden Vorschlag unterbreitet. Er liegt seit über einem Monat bei unserem Koalitionspartner. Ich bin gespannt wie er sich dazu verhält. Wir wollen hier jetzt schnell zu Ergebnissen kommen.

3. Welche Konsequenzen müssen insbesondere mit Blick auf das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz gezogen werden?

Das Prinzip, nach dem der Verfassungsschutz als das Frühwarnsystem unserer Demokratie funktionieren soll, hat versagt. Diejenigen die Extremismus beobachten sollten, waren dazu offensichtlich nicht in der Lage. Mit Blick auf die Zukunft des Landesamtes für Verfassungsschutz will ich im Moment keine Konsequenzen ausschließen. Hier ist alles denkbar - Umbau, Auflösung, personelle Neubesetzung.

Vorstellbar ist auch eine Neuauflage eines Antrages der SPD-Fraktion aus dem Jahre 2001. Damals hatte die SPD-Landtagsfraktion - vor dem Hintergrund der Diskussion um die vom Landesamt geführten Quellen im Bereich des Rechtsextremismus - die Auflösung und Neugründung des Landesamtes gefordert.



Schon die 23. Ausstellung der Reihe „Kunstvoll im Gang“ ist derzeit auf der Etage der SPD-Fraktion zu sehen. Dieses Mal präsentiert der Erfurter Künstler Horst Wagner seine vielfältigen Bilder unter dem Titel „Zeiten-Bilder“. Eröffnet wurde die Ausstellung mit einem Empfang in Anwesenheit mehrerer Abgeordneter und vieler Besucher. Für die musikalische Untermauerung sorgte Nadja Hemming von der Musikschule Erfurt (im Bild 2. v. rechts), die Laudatio auf den Künstler wurde von dem Kunsthistoriker Herbert Schönemann (im Bild rechts) gehalten.



Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Geschäftsstelle
Tel.: 0361 37 72336
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

SPD-Fraktion will alle Steuermehreinnahmen für Kommunen verwenden

Im Zuge der entscheidenden Beratungen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zum Landeshaushalt 2012 hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Uwe Höhn, die Abgeordneten der CDU-Fraktion aufgefordert, die Bemühungen der SPD-Fraktion um eine bessere kommunale Finanzausstattung zu unterstützen.



„Die SPD-Fraktion will - in Übereinstimmung mit dem Präsidenten des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen - die für 2012 prognostizierten Steuermehreinnahmen komplett in den kommunalen Finanzausgleich fließen lassen. Über höhere Schlüsselzuweisungen soll das Geld unmittelbar bei den Thüringer Städten, Gemeinden und Landkreisen ankommen. Nur so ist gewährleistet, dass die Kommunen auch in Zukunft Investitionen tätigen können. Das ist sinnvoller, als einen Teil der Steuereinnahmen an einzelne Ministerien zu verteilen“, so Höhn.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende wirbt vor diesem Hintergrund dafür, den in der Regierungskoalition gefundenen Kompromiss zu den Haushalten der einzelnen Ministerien nicht wieder in Frage zu stellen. Die Koalition aus SPD und CDU habe hier bewiesen, dass sie konsolidieren kann, ohne bestehende soziale Strukturen zu zerstören.

**FDP-Fraktion
im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72780
Fax: 0361 37 72705
www.thl-fdp.de

**Jeder Euro ist willkommen
FDP setzt sich mit Initiative
zur Einrichtung eines Lan-
deskontos zur Schuldentil-
gung durch**

Die FDP-Landtagsfraktion hat sich mit ihrer Initiative zur Einrichtung eines Landeskontos zur Schuldentilgung durchgesetzt. Der Landtag stimmte am 18. November mit breiter Mehrheit für die Einrichtung eines solchen zweckgebundenen Spendenkontos. „Jeder Euro zur Schuldentilgung ist willkommen“, lud der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth zum Spenden ein. Mit dem Ansinnen richte man sich nicht an die breite Masse der Steuerzahler, die ihren Beitrag zu dem Gesamtsteueraufkommen von 592 Milliarden Euro in diesem Jahr bereits mehr als angemessen erbracht hätten. Vielmehr wolle man damit



wohlhabenden Menschen in Deutschland die Gelegenheit geben, ihre öffentlich bekundete Absicht, zusätzliche Beiträge zur Schuldentilgung zu leisten, wahr zu machen. Er zitierte u. a. den Musiker Marius Müller-Westernhagen, der für höhere Steuern plädiert hatte, wenn das Geld zur Schuldentilgung verwendet werde. Das Haushaltsrecht dieser Forderung entgegen, da es verhindert, dass Steuereinnahmen zweckgebunden verwendet werden. Westernhagen und weiteren Millionären will Barth deshalb mit dem Landes-spendenkonto die Gelegenheit einräumen, einen zusätzlichen Beitrag zur Schuldentilgung zu leisten. Er werde ihnen deshalb einen Brief schreiben und für das Thüringer Konto werben, kündigte Barth an.

**Erinnerung wachhalten
Barth: „Diktaturen müssen aufgearbeitet werden“**

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Uwe Barth, ließ es sich nicht nehmen, am 11. November bei der Einweihung der Gedenktafel für den verstorbenen Bürgerrechtler Jürgen Fuchs den Leiter der Bundesbehörde für den Umgang mit den Stasiakten, Roland Jahn, persönlich zu begrüßen (im Bild mit dem Vorsitzenden der Vereinigung ehemaliger Landtagsabgeordneter Hartmut Sieckmann, Minister a.D.). Gedenktage wie der 9. November müssen genutzt werden, um die Erinnerung an die Opfer der Diktatur wachzuhal-

ten. „Ausgerechnet bei der Thüringer Landesregierung scheint aber das Vergessen schon ein-



gesetzt zu haben“, so Barth. Anders sei nicht zu erklären, dass man sich im Bundesrat bei der

Abstimmung über das Gesetz zur Stasiüberprüfung enthalten habe. Dabei habe die Ministerpräsidentin noch im September dem Behördenleiter Jahn ihre Unterstützung zugesagt. Die FDP-Fraktion hatte deswegen eine Aktuelle Stunde zur „Thüringer Position zur Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes“ für das Novemberplenarium beantragt. „Die Koalition muss erklären, warum sie versucht, die Aufarbeitung der SED-Diktatur zugunsten der Täter von damals abzuwürgen“, forderte Barth.

**FDP fordert Konzept des Landes
Untermann: „Chancen des Verkehrsknotenpunkts für Thüringen jetzt nutzen“**

„Der Ausbau von Erfurt zum Verkehrsknotenpunkt ist eines der wichtigsten Infrastrukturvorhaben des Bundes, mit dem Erfurt 2017 zum Drehkreuz innerhalb Deutschlands wird. Spätestens dann muss die Landeshauptstadt schnell von allen Orten und Regionen Thüringens aus erreichbar sein“, forderte der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Heinz Untermann. Ein solches „Geschäftsmodell Thüringen“ müsse langfristig vorbereitet werden. Zudem müssten sich Hotel- und Gaststättengewerbe, Logistikunternehmen

und die Tourismusbranche über zielgruppenorientierte Angebote verständigen. Die Landesregierung habe die Problematik bislang vernachlässigt, kritisierte Untermann. Deshalb hatte die FDP-Fraktion am 26. Oktober die Beteiligten erstmals zu einem Thementag nach Erfurt eingeladen. Zu Beginn besichtigten die Parlamentarier mit Volker Hädrich, dem Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn für Thüringen, das DB-Informationszentrum in Herrngosserstedt, wo derzeit der Finnetunnel entsteht. Untermann zeigte sich über

den Baufortschritt erfreut - er lasse einen positiven Abschluss des Projekts erwarten. Mit Vertretern des Hotel- und Gaststättenverbandes wurden die Chancen des Knotenpunktes für den Tourismus diskutiert. „Thüringen muss größer denken“, forderte der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas L. Kemmerich. „Mit Kleinstaaterei in der Tourismuspolitik kommen wir nicht weiter.“ Die Anbindung der Regionen an den Knotenpunkt war auch ein zentrales Thema bei der abschließenden Podiumsdiskussion im Erfurter Rathaus.

**FDP-Fraktion besuchte Sportfördergruppe
Bundeswehr fehlt im Oberhofkonzept der Landesregierung**

„Dass die Kürzungen bei der Bundeswehr am Standort Oberhof vorbeigehen, ist der Verdienst der Sportfördergruppe und nicht der Landesregierung“, stellte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Uwe Barth, nach seinem Besuch in der Kaserne am Rennsteig klar. Gemeinsam mit dem sportpolitischen Sprecher Marian Koppe hatte er sich am 14. November über mögliche Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den Standort informiert. Zu beeindruckend sei der Medallenspiegel, den die Soldatinnen und Soldaten erkämpft hätten. Daher sei auch der Wintersportort Oberhof vorerst von einem Abzug der Sportfördergruppe verschont geblieben. „Ungeklärt ist aber

noch, was mit den zivilen Angestellten geschieht“, so Barth im Anschluss an das Gespräch mit dem Leiter der Sportför-



dergruppe Roland Saar. Problematisch sei auch, dass die Landesregierung immer noch kein schlüssiges Konzept für Oberhof habe. „Das könnte sich langfristig rächen“, warnte

Marian Koppe: Würden nämlich die zivilen Sportstätten, die von der Sportfördergruppe auch benutzt würden, geschlossen, drohe eben doch ein Abzug. „Damit wären dann umgekehrt die militärischen Sportstätten, die zum Beispiel das Sportgymnasium nutzt, in Gefahr.“ Dennoch tauche das Wort „Bundeswehr“ nirgendwo im Oberhofkonzept der Landesregierung auf. Das Desinteresse der Landesregierung an der Sportfördergruppe der Bundeswehr findet Barth enttäuschend: „Hier werden Hunderte von Medaillen für Deutschland erkämpft. Aber nicht einmal zum Gratulieren lässt sich irgendein Minister blicken.“

Gesellschaftliche Herausforderung



Ganz Deutschland zeigte sich erschüttert angesichts des

rechten Terrors, der seinen Ausgang im Freistaat nahm. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte im November eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt, die zum Anlass für eine Regierungserklärung der Ministerpräsidentin wurde. „Ihre Forderung nach einer öffentlichen und lückenlosen Aufklärung unterstützen wir mit aller Kraft“, sagt Anja Siegesmund, Vorsitzende der bündnisgrünen Fraktion. „Doch den Worten müssen

endlich Taten folgen, zu lange gab es beispielsweise Ungereimtheiten bei den Sicherheitsbehörden.“ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in diesen erschütternden Fakten aber lediglich besonders drastische Symptome eines Klimas, in dem sich rechtsextremes Gedankengut verbreiten konnte. „Dieser Entwicklung muss die Politik endlich konsequent entgegenreten. Wir werden diesen Prozess, zu dem eine beispiels-

weise nachhaltige Erziehung zu Toleranz und Demokratie gehört, aktiv vorantreiben“, so Siegesmund.



Jennifer Schubert, Frank Augsten und Carsten Meyer bei einem Forum der Klimakonferenz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 2. und 3. November. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die häufig vernachlässigten „Energiequellen“ Effizienz und Einsparung

Bildungsfreistellungsgesetz auf den Weg gebracht

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im November den Entwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz in den Landtag eingebracht, der zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss verwiesen wurde.

„Die breite Mehrheit der Abgeordneten fast aller Fraktionen ist sich einig, für die Thüringerinnen und Thüringer einen verbindlichen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit an fünf Arbeitstagen im Jahr für Bildung zu schaffen“, sagt die bildungspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, Astrid

Rothe-Beinlich. „Nun sind wir gespannt, welche konkreten Änderungswünsche von den anderen Fraktionen vorgelegt werden und freuen uns auf eine Debatte im Ausschuss. Mit unserem Vorschlag lässt sich nun konstruktiv arbeiten, um auf die sich stetig ändernden Anforderungen im Erwerbsleben mit einem gestärkten Bildungsanspruch zu begegnen, so wie dies bereits in zwölf von 16 Bundesländern gilt. Unser Ziel ist letztlich ein Stück weit bundesweite Normalität auch für Thüringen zu schaffen“, so Rothe-Beinlich.

Ländlicher Raum bleibt Kernthema

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat den ländlichen Raum nicht nur zum Thema einer Großen Anfrage gemacht. Sie wollte auch veranlassen, dass sich der nächste Thüringen-Monitor schwerpunktmäßig mit diesem Thema beschäftigt. „Für uns ist der ländliche

Raum die prägende Region des Freistaates“, sagt Dr. Frank Augsten, agrarpolitischer Sprecher der bündnisgrünen Fraktion. Schließlich umfasst er laut Förderinitiative Ländliche Entwicklung in Thüringen (FILET) das gesamte Gebiet des Freistaates mit Ausnahme von Erfurt,

Gera und Jena. Eine wissenschaftliche Bewertung der aktuellen Situation und das Aufzeigen von Entwicklungsperspektiven wäre daher aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Ausgestaltung der Planungs- und Förderinstrumente hilfreich gewesen.

„Dass unser Antrag für einen entsprechenden Schwerpunkt im Thüringen-Monitor abgelehnt wurde, ist enttäuschend“, so Augsten. „Wir werden die Menschen in dieser Region aber nicht im Stich lassen und den ländlichen Raum weiter als eines unserer Kernthemen behandeln.“

Tempolimits retten Leben

Tempolimits retten Leben – das hat die EU schon längst erkannt. So verabschiedete das europäische Parlament unter Federführung des zuständigen Abgeordneten Dieter-Lebrecht Koch (CDU) Empfehlungen für umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Unter anderem empfiehlt die EU ein Tempolimit von 30 Stundenkilometern auf einspurigen Straßen ohne eigenen Fahrradstreifen in Wohngebieten. „Diese Änderung wäre – im Gegensatz zu aufwendigen weiteren technischen Vorkehrungen – schnell und sehr kos-

tengünstig umzusetzen“, sagt Jennifer Schubert, verkehrspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion. „Tempolimits haben ausschließlich positive Wirkungen: sie sorgen für eine höhere Kapazität von stark befahrenen Straßen, für einen besseren Verkehrsfluss, weniger Lärm und Feinstaub. Vor allem machen sie die Straßen sehr viel sicherer.“

Die Koalition lehnte eine Debatte im zuständigen Ausschuss ab. Schubert dazu: „Das ist verantwortungslos. Dabei geht es um die größtmögliche Unversehrtheit unserer Bürgerinnen und Bürger.“



Gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE führten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 1. November ein Fachgespräch zum Landeserziehungsgeld durch. Die Sozialpolitikerinnen Margit Jung und Anja Siegesmund sprachen mit Expertinnen und Experten von verschiedenen Institutionen über die Zukunft dieses Instruments.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz
www.thueringen.de/datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Die Landesbeauftragte
für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen DDR
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Thüringer Druckhaus
Gast & Frisch GmbH,
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch über
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004

poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Die Bürgerbeauftragte

Bürgerbeauftragte: Widerspruchsverfahren nicht abschaffen, sondern zu einem bürgernahen, kommunikativen Konfliktlösungsverfahren fortentwickeln!

Gegen den von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf für ein „Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2012“ (LT-Drs. 5/3221), der die (partielle) Abschaffung des Widerspruchsverfahrens (WSV) in wesentlichen Bereichen des Besonderen Verwaltungsrechtes vorsieht, hat die Bürgerbeauftragte grundsätzliche Bedenken geltend gemacht. Aus Sicht der Bürgerbeauftragten richtet der Gesetzentwurf sein Augenmerk zu sehr auf durch die Abschaffung – angeblich – bewirkte Einspareffekte

und vernachlässigt demgegenüber den ideellen Wert des WSV, seine rechtspolitische Bedeutung im demokratischen Rechtsstaat und seinen Nutzen für den Bürger. Die Pläne der Landesregierung stehen aber insbesondere auch in krassem Gegensatz zu aktuellen rechtswissenschaftlichen Ansätzen: Danach liegt die Zukunft des WSV nicht in seiner Beschränkung oder partiellen Abschaffung, sondern in seiner Reform und Fortentwicklung zu einem (mittel- und langfristig Kosten

sparenden) nachhaltigen innovativen „Bürgerverfahren“ im Sinne konsensualen Konfliktmanagements mit Elementen der Mediation. Die Bürgerbeauftragte hat in ihrer im Rahmen der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschuss abgegebenen Stellungnahme daher vorgeschlagen, in Thüringen nicht über eine (partielle) Abschaffung des WSV, sondern über seine Neuausrichtung, progressive Umgestaltung und Anreicherung mit Elementen der Mediation nachzudenken.

Der Datenschutzbeauftragte

Datensparsame Umsetzung des Bildungspakets?

Das so genannte Bildungspaket trat zum 1. Januar 2011 in Kraft. Nach den neuen Regelungen im Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuch erhalten hilfebedürftige Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene u.a. Leistungen für die Teilnahme an Ausflügen, für den Schulbedarf, die Schülerbeförderung, Nachhilfe, Mittagverpflegung und die Mitgliedschaft in Vereinen. Das Gesetz sieht vor, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe insbesondere in Form von personalisierten Gutscheinen oder Direktzahlungen an Anbieter von Leistungen erbracht werden. Die kommunalen Träger bestimmen dabei selbst, in welcher Form sie die Leistungen erbringen. Da das Verfahren zur Inanspruchnahme des Bildungspakets da-

tenschutzgerecht zu gestalten ist, hat der Landesbeauftragte für den Datenschutz (TlFD) alle Sozialämter und die zwei seiner Kontrolle unterliegenden Jobcenter um Mitteilung darüber gebeten, wie sie das Bildungspaket umsetzen. Als datenschutzrechtlich problematisch wurde angesehen, dass in zwei Fällen Gutscheine ausgeteilt wurden, in die sich mehrere Leistungserbringer eintragen sollten. Hierdurch bekommt ein Leistungserbringer, der sich später einträgt, unzulässigerweise Informationen über das Konsumverhalten des Berechtigten. In beiden Fällen wurden die Gutscheine auf Intervention des TlFD geändert. In einer Behörde mussten der Antrag und die Bestätigung durch die Einrichtung in einem Formular vorgenommen

werden. Hier wurde um Änderung gebeten, weil ansonsten der Leistungserbringer, ohne dass hierfür eine Notwendigkeit besteht, Kenntnis über die Leistungsgrundlage für die Leistung erhält und damit beispielsweise erfährt, ob jemand Sozialhilfe oder ALG II bezieht. In vielen Fällen waren die datenschutzrechtlichen Hinweise für die Leistungserbringer nicht vorhanden bzw. nicht hinreichend. Hier hat der TlFD Hinweise zur datenschutzgerechten Gestaltung gegeben. Die Ergebnisse waren ansonsten aber aus datenschutzrechtlicher Sicht positiv. Die Abrechnung erfolgt in der Mehrzahl der Fälle nicht über Gutscheine, sondern mit dem Leistungserbringer direkt, wobei nur die jeweils notwendigen Daten übermittelt wurden.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (Beschluss vom 14.11.2011 - Auszüge)

Landesbeauftragte für intensive Beratung und verstetigte Hilfen für Opfer der DDR-Jugendhilfe

Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen der Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und die Beauftragte Brandenburgs zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur (LStU) sind seit Beginn ihrer Beratungstätigkeit mit den Opfern der DDR-Jugendhilfe konfrontiert. Das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz bietet seit seinem Inkrafttreten im Jahr 1992 implizit die Möglichkeit der Rehabilitierung für politische Einweisungen von Kindern und Jugend-

lichen in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe. Die in den vergangenen Jahren in ganz Deutschland in Gang gekommene Debatte um die Wiedergutmachung des an ehemaligen Heimkindern begangenen Unrechts führte auch bei den LStU zu einem starken Zulauf von Rat suchenden ehemaligen DDR-Heimkindern. Die LStU gehören somit zu denjenigen Einrichtungen in den neuen Bundesländern, die mit der Problematik der DDR-Heimkinder am intensivsten vertraut und befasst sind.

Erfahrungen mit der Entschädigung von SED-Unrecht haben gezeigt, dass Entschädigungsregelungen in Form von verstetigten Hilfen am besten geeignet sind, die Folgen des vormaligen Unrechts für die Betroffenen zu mindern. Solche Hilfen können als Renten, besondere Zuwendungen, dauerhafte und kostenlose Therapieangebote (über das Bundesversorgungsgesetz) und (bei beeinträchtigter Schul- oder Berufslaufbahn) berufliche Qualifizierungsangebote (nach BAFöG oder SGB III) gewährt werden.